

Mein

# NEWSLETTER aus Gemünden & Berlin



## Bernd Rützel

Mitglied des Deutschen Bundestages

Wahlkreisabgeordneter für MIL & MSP

Betreuungsabgeordneter für AB & WÜ

NOVEMBER 2016

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

für viele ist der November ein dunkler und kalter Monat. Wenige mögen diese triste Zeit. Es ist aber auch ein Monat, in dem wir uns orientieren können: Wir gedenken unseren Verstorbenen an Allerseelen und den Gefallenen am Volkstrauertag. Wir können uns dadurch bewusst werden, dass auch unsere Zeit begrenzt ist und wir uns auf die wirklich wichtigen Dinge konzentrieren sollten.

Meine Generation hat Glück gehabt, dass sie den Krieg nicht erleben musste. Mein Opa hat immer nur vom Krieg erzählt. Vielleicht brauchte er ein Ventil, wahrscheinlich wollte er mir klarmachen, dass Krieg das furchtbarste ist, was es gibt.

Der November ist aber auch ein wichtiger Markstein im Jahr: Bis Allerheiligen ist die Ernte eingefahren und vieles in Feld und Flur erledigt. Es wird eher dunkel, die Menschen entschleunigen.

Für mich ist der November ein guter und wichtiger Monat, erinnere ich mich doch immer noch gerne an den St. Martinstag.

Oh je, jetzt habe ich glatt die Politik vergessen. Wir waren auch in jüngster Zeit wieder fleißig. Die Flexirente ist Gesetz, Leiharbeit und Werkverträge haben wir so streng geregelt wie noch nie. Für mich hätte es noch weitergehen können, das war mit unserem Koalitionspartner aber nicht zu machen. Ist aber auch so ein gutes Gesetz geworden!

Ich wünsche Ihnen und Euch viel Spaß beim Lesen.

Ihr/Euer



## INHALT

- 2 Klartext: Rente als Wahlkampf-Thema
- 2 doudrü g´hört geredt
- 4 Missbrauch von Leiharbeit
- 5 Berlin-Termine
- 6 3 x Brotzeit, Bier & Politik
- 7 Fraktion vor Ort
- 8 Unterwegs in Unterfranken
- 10 Paulas Post aus den USA
- 12 Beiträge der MdL

## KONTAKT/IMPRESSUM

Bürgerbüro Gemünden

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

[bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de](mailto:bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de)

Büro Berlin

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

[bernd.ruetzel@bundestag.de](mailto:bernd.ruetzel@bundestag.de)

[www.bernd-ruetzel.de](http://www.bernd-ruetzel.de)

V.i.S.d.P.: Bernd Rützel, MdB

Obertorstr. 13, 97737 Gemünden

# Aus dem PARLAMENT



## „HEILIGES LAND - KONFLIKT OHNE ENDE“

Wie aktuell und präsent die kontroverse politische und gesellschaftliche Situation im „Heiligen Land“ ist, bestätigte der große Zuspruch an der Gesprächsrunde in meinem Bürgerbüro in Gemünden. In der Veranstaltungsreihe „**doudrü g'hört geredt**“ diskutierten Ende Oktober 25 Gäste zwei Stunden lang über den seit Generationen schwellenden Konflikt zwischen Israel und Palästina.

„Gibt es eine Lösung?“ „Ist der Frieden gewollt?“ „Welche Rolle spielt die Politik?“ Ich kenne die Situation aus mehreren Aufenthalten in Israel und Palästina. Deshalb äußerte ich direkt zu Beginn der Diskussion meine Einschätzung: Wir werden heute keine Lösung finden, aber wir können miteinander reden und uns darüber austauschen, welche Ursachen und Lösungsansätze es geben könnte.

Als Gesprächspartner begrüßte ich Johannes Weismantel vom Diözesanbüro Main-Spessart, die Eheleute und Pastoralreferenten Edith und Burkhard Fecher, das Ehepaar Spahn aus Langenprozelten, das Reisen nach Israel organisiert, und Dr. Matthias Gsänger vom Institut für Politikwissenschaft und Soziologie der Uni Würzburg, der den Konflikt seit Jahren wissenschaftlich analysiert.

### KLARTEXT

#### Renten werden das Top-Wahlkampfthema

Auch wenn manche Politiker davon träumen, dass man dieses wirklich schwierige Themenfeld aus dem Wahlkampf heraushalten kann, so wird es den Wahlkampf bestimmen wie noch nie. Es trifft jeden und wer möchte am Ende eines Arbeitslebens mit so wenig dastehen, dass es zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel ist.

Ich bin froh, dass wir uns mit unserer Alterssicherung beschäftigen. Jetzt stellt man fest, dass viele nicht privat vorgesorgt haben. Das ist heuchlerisch, denn diejenigen, die es am nötigsten hätten, haben das Geld nicht dafür. Nur wenige haben 4 % Ihres Lohnes zusätzlich zur Seite gelegt. Bis jetzt wird die Rentenbeitragsstabilität wie eine Monstranz vor sich hergetragen. Kein Wunder, dass dann die Stellschrauben nur weniger Rente oder längeres Arbeiten bedeuten. Das kann für mich keine Lösung sein.

Länger Arbeiten finde ich gut, aber nur für diejenigen, die das schaffen und können und wollen. Die allermeisten schaffen die Regelaltersgrenze aber nicht, und für die bedeutete es große finanzielle Einschnitte. Deshalb muss der Rentenbeitrag steigen und dafür gibt es ordentliche, den Lebensstandard sichernde Renten.

Derzeit beträgt das Rentenniveau 47,9 %. Vor 16 Jahren waren es noch 53 % und da müssen wir wieder hin. Dazu müsste der Rentenbeitrag um 2,5 % steigen. Das sind für jeden Arbeitnehmer 1,25 % mehr Rentenbeitrag. Bei einem Durchschnittsverdiener wären das 40 Euro im Monat mehr. Eine Umfrage unter Jugendlichen hat ergeben, dass 75 % bereit wären, diesen Betrag zusätzlich in die Rentenkasse einzuzahlen – für eine gute Rente im Alter. Die gesetzliche Rente muss gestärkt werden!

# Aus dem PARLAMENT



Ohne große Anlaufzeit entwickelte sich eine lebhafte Diskussion, weniger um die politische Sachlage, sondern mehr um die Auswirkungen des Konflikts auf die dort lebenden Menschen. Einige Gäste schilderten die beklemmende Situation der Israelis bei den Raketenangriffen der radikal-islamistischen Hamasbewegung, unter denen die jüdische Bevölkerung besonders während der Intifadas gelitten habe.

Auf der anderen Seite wurde sehr wirklichkeitsnah das Problem angesprochen, das palästinensische Haus- und Landeigentümer haben, weil sie Repressalien militanter Siedler und des israelischen Staates ausgesetzt sind. Dazu zählen die eingeschränkte Wasserversorgung, Schwierigkeiten bei der Stromzufuhr oder dem Wechsel von palästinensischen Gebieten nach Israel. Besonders bei medizinischen Notfällen oder bevorstehenden Geburten käme es dadurch oft zu lebensbedrohlichen Situationen.

Eine Besucherin, deren siebenjähriger Sohn die deutsche und palästinensische Staatsangehörigkeit hat, bestätigte die Lebensumstände in den von Israel besetzten Gebieten: „Die meisten Menschen haben nur den Wunsch, würdig und in Frieden leben zu können.“

Dr. Mattias Gsänger bestätigte diese Sichtweise. Es sei auf beiden Seiten nur ein geringer Prozentsatz der Bevölkerung, der am Konflikt interessiert ist. In Israel sind es die orthodoxen Siedler, die meist aus Osteuropa zugewandert sind, und bei den Palästinensern ist es die islamistische Hamas. Deshalb lägen auch dort die Schlüssel für einen Lösungsansatz. Würden die radikalen Parteien „ausgetrocknet“, wozu es Mut bräuchte, könnten neue Friedensstrategien entstehen.

Von meinen Aufenthalten konnte ich berichten, dass es bereits kleine hoffnungsvolle Ansätze gibt. Das Willy-Brandt-Center ist beispielsweise ein einzigartiges Begegnungszentrum in Jerusalem. Dort



treffen sich junge Menschen aus Israel, Palästina und der ganzen Welt auf Augenhöhe und über Grenzen und Konfliktlinien hinweg.

Die Jugendlichen bringen sich in verschiedene Projekte in den Bereichen Politik, Bildung und Kultur ein, bauen Vorurteile ab und suchen gemeinsam nach Lösungen für eine bessere Zukunft, ganz nach dem Leitmotiv des Friedensnobelpreisträgers Willy Brandt: „**Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts**“.

# Aus dem PARLAMENT



## ZAHL DES MONATS

# 18

Monate wird künftig die Höchstüberlassungsdauer bei Leiharbeitsverträgen betragen. Das und mehr haben wir als SPD-Bundestagsfraktion durchgesetzt. Ende Oktober hat der Bundestag endlich den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes beschlossen. Es wurde Zeit!

### Leiharbeit auf ihren Zweck reduzieren

Die SPD-Bundestagsfraktion hat Leiharbeit und Werkverträge auf ihren eigentlichen Zweck zurückgeführt: Leiharbeit soll als unkompliziertes Instrument für Unternehmen dazu dienen, Auftragsspitzen abuarbeiten und zeitlich begrenzte Personalengpässe zu überbrücken. Werkverträge sind dazu da, die Herstellung von Werken wie das Anstreichen von Büroräumen, die nicht vom Unternehmen selbst erbracht werden können, per Werkvertrag an ein anderes Unternehmen zu vergeben.

LeiharbeitnehmerInnen werden künftig nach neun Monaten für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn bekommen wie die Stammbeslegschaft – auch Equal Pay genannt. Zudem wird eine Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten gelten. Wird diese überschritten, entsteht künftig ein Arbeitsverhältnis mit dem Entleihbetrieb. Damit soll dem dauerhaften Einsatz von Leiharbeitskräften entgegengewirkt werden. Und künftig dürfen LeiharbeitnehmerInnen auch nicht mehr als Streikbrecher eingesetzt werden. Das ist mir als Gewerkschafter besonders wichtig!



Azubis der Schmitter Group AG aus Thüngen waren Ende Oktober zu Besuch im Bundestag. Bald komme ich zum Gegenbesuch!

### Klare Regeln für Werkverträge

Betriebsräte werden künftig über die vertragliche Gestaltung des Einsatzes von Fremdpersonal informiert. Außerdem können Scheinwerkverträge nicht mehr durch eine so genannte Vorratsverleiherlaubnis nachträglich legitimiert werden.

Darüber hinaus gibt es mehr Rechtssicherheit bei der Abgrenzung von abhängiger und selbstständiger Tätigkeit.

### Gesetz ist ein erster wichtiger Schritt

Für mich sind die gesetzlichen Maßnahmen ein erster wichtiger Schritt zur Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen. Ich will aber weitreichendere Regelungen durchsetzen: Zum Beispiel, dass LeiharbeitnehmerInnen der gleiche Lohn wie der Stammbeslegschaft schon nach einer kurzen Einarbeitungszeit anstatt nach neun Monaten gezahlt werden muss. Zudem wollte die SPD-Fraktion eine Beweislastumkehr bei missbräuchlichen Werkverträgen einführen. Diese und weitere Maßnahmen waren aber mit der CDU/CSU-Fraktion nicht realisierbar.

# Aus dem PARLAMENT



## MDB TRIFFT THW



v.l.: Albrecht Broemme, Präsident Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, Bernd Rützel, Timo Hennig, Ortsbeauftragter THW Marktheidenfeld (Bild: Schwemmer/THW)

Zu ihrer jährlichen Veranstaltung „MdB trifft THW“ hatte das THW Mitte Oktober vor das Berliner Reichstagsgebäude eingeladen. Ich habe dort den THW-Ortsbeauftragten von Marktheidenfeld getroffen – eine gute Gelegenheit, ihm, dem THW und seinen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren so wichtigen Einsatz zu danken.

## UNGLEICHHEIT IN DEUTSCHLAND



Arbeitsfrühstück meines Ausschusses mit Professor Fratzscher, Präsident des DIW: 40 Prozent der Deutschen haben keinerlei Vermögen. Erschreckend ist, dass 20 Prozent aller Bildungsausgaben privat ausgegeben werden. Das ist auf der einen Seite gut, dass Eltern Nachhilfe oder Musikunterricht finanzieren. Die große Ungerechtigkeit jedoch ist, dass sich das viele nicht leisten können. Somit bleiben viele Kinder von guter Bildung ausgesperrt.

## TAGE DER BEGEGNUNG

Zu den „Tagen der Begegnung“ trafen sich auch in diesem Jahr junge Menschen mit Politikerinnen und Politikern in Berlin. Die dreitägige Veranstaltung stand unter dem Motto **„Verantwortung vor Gott und den Menschen“**, der Präambel des Grundgesetzes. Meinen Gast aus Unterfranken, Vanessa Albert, konnte ich persönlich begrüßen.

Die „Tage der Begegnung“ werden von der „Stiftung Grundwerte und Völkerverständigung“ organisiert. Sie veranstaltet auch in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages jeden Freitag Gebetsfrühstücke, zu deren regelmäßigen Teilnehmern ich gehöre.



SchülerInnen der Georg-Ludwig-Rexroth Realschule Lohr zu Besuch bei mir im Reichstag. Ich habe mich über ihren Besuch und die engagierte Diskussion sehr gefreut.

Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## DREIMAL BBP IN MIL UND MSP



Tolle Begrüßung in Wiesthal!

Dreimal war ich Mitte Oktober mit meiner Dialogreihe **„Brotzeit, Bier und Politik“** in Main-Spessart und Miltenberg unterwegs, um im kleinen, gemütlichen Rahmen die großen politischen Themen zu diskutieren, aber auch um über „Gott und die Welt“ zu plaudern. Ich war in **Wiesthal**, **Langenprozelten** und **Elsenfeld**. Bei den Ortsvereinen Elsenfeld und **Obernburg durfte ich** auch Ehrungen vornehmen, was mich immer sehr freut.

Die deutsche Demokratie und demokratische Kultur der Bundesrepublik lag den Diskussionsteilnehmern überall angesichts der Ergebnisse vergangener Landtagswahlen sichtlich am Herzen. „Wir dürfen den Rechtspopulisten nicht das Feld überlassen“, plädierte ich unter großer Zustimmung für deren Entzauberung durch eine Konfrontation mit



Heimspiel in Langenprozelten!

Inhalten. Skepsis bei den Diskussionsteilnehmern gegenüber einer erneuten Großen Koalition prägte den Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl in 2017.

Ich widersprach dem Vorwurf, dass zwischen Union und SPD keine Unterschiede mehr erkennbar sind, mit Beispielen aus meinem Arbeitsbereich Arbeit und Soziales: Den Mindestlohn so durchzusetzen, wie er nun besteht, war harte Arbeit. Bis heute versucht die Union immer wieder den Mindestlohn aufzuweichen. Ebenso bei der Reform von Leiharbeit und Werkverträgen geht. Aber das machen wir nicht mit!



Ehrungen in den Ortsvereinen Elsenfeld und Obernburg!

Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## MIT GABRIELA HEINRICH VOR ORT UNTERWEGS

Ende Oktober war meine Bundestagskollegin Gabriela Heinrich aus dem Nürnberger Norden bei mir zu Gast. Gabriela ist als stellvertretende Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion in den Ausschüssen für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie für Menschenrechte und humanitäre Hilfe aktiv. Mit ihr und Landrat Jens Marco Scherf war ich nachmittags beim Deutschkurs des bfz Miltenberg. Der Kompasskurs am Nachmittag ist eine tolle



Sache: Er dient der Vertiefung der deutschen Sprache, denn nach den Integrationskursen am Vormittag wird zu Hause doch eher in der Heimatsprache kommuniziert. Meine Hochachtung vor dem Engagement der Lehrkräfte, in diesem Fall Frau Schiffer, die mit großer Motivation und Freude unsere Sprache vermitteln und dabei sehr gute Erfolge erzielt.



Am Rande einer Berlinfahrt von KommunalpolitikerInnen aus Main-Spessart bin ich mit Bürgermeister Lippert im Deutschen Bundestag auf Bundesverkehrsminister Dobrindt getroffen. Wir haben ihn auf Gemünden angesprochen. Er hat uns bestätigt: Die Ortsumgehung kommt!

Am Abend stand dann die Veranstaltung „**Fluchtursachen – Deutsche Entwicklungszusammenarbeit vor dem Hintergrund globaler Fluchtbewegungen**“ im Rahmen der „Fraktion vor Ort“-Reihe der SPD-Bundestagsfraktion in Erlenbach am Main an.

„Migration hat es schon immer gegeben und ist durchaus keine einfache Sache. Was man nicht machen darf: das Thema den Angst- und Panikmachern zu überlassen!“, so Gabriela.

65 Millionen Menschen sind derzeit weltweit auf der Flucht und suchen auch bei uns Schutz. Dabei sind die Gründe, die Heimat zu verlassen, außerordentlich vielfältig: Ob Krieg und Gewalt, Verfolgung



Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



und Diskriminierung, schlechte Regierungsführung, Armut und Perspektivlosigkeit, Umweltzerstörung und Klimawandel oder Rohstoffhandel und Landraub – meist sind diese Fluchtursachen eng miteinander verwoben und bedingen sich gegenseitig.



Doch was kann Entwicklungspolitik leisten, wie sieht diese derzeit aus und welche Positionen hat die SPD-Bundestagsfraktion? Kommt das Geld auch dort an, wo es benötigt wird, und was können wir auf regionaler, kommunaler und privater Ebene tun? Diese Fragen und mehr wurden an diesem Abend mit Horst Markert, der als Mömlinger „fairtrade-Pionier“ und Mitbegründer des Eine-Welt-Ladens der KJG Mömlingen langjährige Erfahrung mit Entwicklungsprojekten hat, und Wolfgang

Härtel, dem Leiter der Flüchtlings- und Asylsozialberatung im Landkreis Miltenberg, besprochen.

Mehr auf [www.bernd-ruetzl.de](http://www.bernd-ruetzl.de)!

## TOLLER ZUSAMMENHALT DER SPD-SENIORINNEN

Über 100 Seniorinnen und Senioren aus ganz Unterfranken kamen Anfang Oktober in Rothenbuch (Landkreis Aschaffenburg) zum traditionellen Unterfranken-Treffen der Arbeitsgemeinschaft 60plus in der SPD zusammen. Im Hotel Spechtschaardt organisierte der Vorsitzende der SPD-Senioren in Unterfranken, Peter Dlugosch, ein buntes Programm mit viel Kultur und Politik und noch mehr Zeit für den Austausch miteinander. Selbstverständlich war ich als Vorsitzender der UnterfrankenSPD auch dabei.



In meinem Grußwort lobte ich insbesondere den sensationellen Zusammenhalt der SPD-Senioren über alle Landkreisgrenzen in Unterfranken hinweg. **Für die vielen ehrenamtlichen Stunden, die gerade von den Seniorinnen und Senioren für die Partei geleistet werden, kann man nicht genug danken!**

Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## UNTERWEGS MIT VOLKMAR HALBLEIB



Ende Oktober war ich mit Volkmar Halbleib, Landtagsabgeordneter aus Würzburg-Land, in seinem Betreuungs-Stimmkreis Kitzingen unterwegs. Eine Station: Frankenguss in Kitzingen. Mit dabei waren auch mein Bundestagskollege Florian Post und Eugen Hain, der Chef der Arbeitsagentur in Unterfranken. Themen: Arbeitsplätze, Ausbildung, Energie. Zuvor war ich mit Volkmar im Rathaus von Hausen im Landkreis Würzburg. Die Gemeinde sitzt auf 2,2 Millionen Euro Kosten für die neue Kläranlage, weil Tank&Rast sich nicht an den Kosten beteiligen will, obwohl die Raststätte Riedener Wald im Gemeindegebiet liegt.



## 125 JAHRE OV VERSBACH



Ein stolzes Jubiläum feierte die SPD Versbach Mitte Oktober: 1890 wurde der Ortsverein gegründet. Herzlichen Glückwunsch!

## SPD UND AWO

Die Bezirksvorstände von SPD und AWO trafen sich zum Austausch in Würzburg. Natürlich stand die Sozialpolitik im Mittelpunkt, es ging aber auch um die Beschäftigung im Bereich Pflege und Kinderbetreuung. Dieser Termin war mir besonders wichtig und ich freue mich auf weiterhin fruchtbare Zusammenarbeit!



# Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## PAULAS POST AUS DEN USA

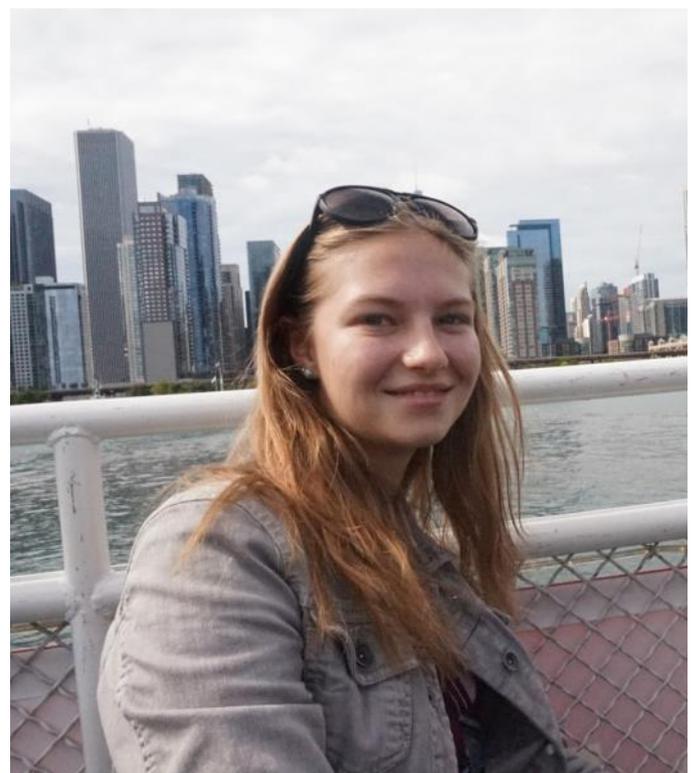


Ein Jahr in den USA leben, studieren und arbeiten – das ermöglicht das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP). Auf meine Einladung mit dabei: Paula Greb aus Burgsinn, die seit wenigen Wochen nun in den USA ist. Hier ihr dritter Bericht:

As long as I am here in the USA I can adjudicate on the American thoughts in Northern Illinois about Germany and the Germans. And it isn't as bad as expected. Because the German people at my pre-orientation for my exchange year told me that the Americans would think there is an invisible wall between west and east coast. Similarly to that they said they wouldn't care much about the rest of the world or wouldn't know what happens outside the USA. But it isn't the reality. I experienced something else by talking to teachers, friends and my host family, who are awfully well interested in world events. Many people are surprisingly doing a DNA-test to see their European origin. At my high school you can learn two different foreign languages. One of them is German and the other one is Spanish, which I'm learning now and I really enjoy it. If I am telling people my home country I often get the answer I would be living in the "clean" land with a big waste separation. In my area you can also find an Aldi because German food is famous to be really good and in fact of that they are having German goods in America's largest grocery stores like Walmart or Target. The stores are selling for example German bread or chocolate. The goods are sadly very expensive, but I am happy to try new

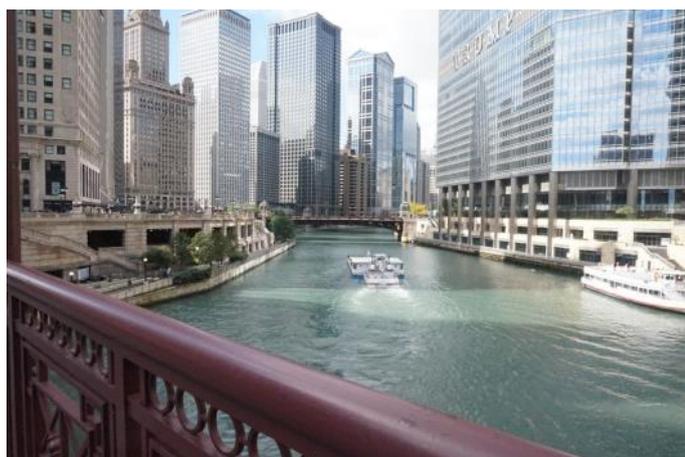
food which is available in large numbers and variations. Americans are regretting the fact that Football isn't a big deal in Europe. Therefore I get many questions what the typical national sport would be, because they couldn't imagine another national sport instead of football. I always answer Soccer and hope this is the right answer. Last weekend I went on a day trip to see Chicago for the first time with my host family. I was really excited about that, because Chicago is the third largest city in the USA. The trip started pretty slow because had been taking the only train, which goes directly into Chicago with some station stops between. The ride felt really long but then we had been finally in Chicago. We went on a architecture boat tour and I got to know more about that and the Chicago Fire, which had destroyed thousands of buildings back in 1871.

**At least I want to say that Germany is really presently here and I am often talking with people about that to not forget about my home.**



Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



**It is a good life here! Greetings from the USA to my home country. Paula**

Inzwischen bin ich schon länger als 2 Monate hier als Austauschschülerin in den USA, und nacheinander erkenne ich, welches Bild die Amerikaner in Illinois von Deutschland und den Deutschen haben. Es ist aber nicht so schlimm, wie ich dachte. In den Vorbereitungsseminaren zu diesem einjährigen Auslandsaufenthalt hat man uns mehrmals gesagt, dass es für die meisten Amerikaner eine unsichtbare Mauer an Ost- und Westküste gebe. Und was sich in der übrigen Welt von Amerika abspielt, würde sie nur wenig bis gar nicht interessieren. Aber ganz so sieht es nicht aus. Ich erlebe in Gesprächen mit Lehrern, Familie aber auch Freunden, dass sehr wohl ein Interesse am Rest der Welt besteht. Tatsächlich machen hier viele Amerikaner einen DNA-Test, um zu sehen, welche Wurzeln sie haben und zu wie viel Prozent sie Europäer sind.

An meiner Schule kann man auch zwei Fremdsprachen erlernen. Zum einen Spanisch, was ich auch belege, und Deutsch. Wenn ich Menschen sage, dass ich aus Deutschland stamme, bekomme ich öfters die Antwort, ich würde aus dem sauberen Land kommen mit der vielen Mülltrennung. In mei-

ner Gegend kann man auch einen Aldi finden und weil deutsches Essen das Image hat, besonders gut zu sein, kann man hier sogar in den größten Einzelhandelskonzernen wie Walmart oder Target deutsches Brot bis hin zur Lindt-Schokolade finden. Die Waren sind hier leider sehr teuer, aber ich bin froh, neue Süßigkeiten auszuprobieren, von denen es hier genug in allen Variationen gibt.

Viele Amerikaner bedauern, dass in Deutschland selten „Football“ gespielt wird. Deshalb werde ich oft gefragt, was denn der Nationalsport sei, weil sie sich etwas anderes nicht vorstellen könnten. Ich antworte immer mit Fußball und hoffe, damit liege ich richtig.

Außerdem konnte ich zum ersten Mal die drittgrößte Stadt in den USA besichtigen. Zusammen mit meiner Gastfamilie habe ich einen Tagestrip nach Chicago gemacht, bei dem die Ankunft mit dem Zug allein schon ein Erlebnis war. Die Zugfahrt kam mir sehr lange vor und der Transport ging nur langsam voran. In Chicago haben wir dann eine Bootstour gemacht. Man hat viel neues von der Architektur erfahren und der Touristenführer hat auch ausführlich über das „Chicago Fire“, das 1871 in Chicago war und tausende Gebäude zerstörte, berichtet.

**Als letztes möchte ich noch erwähnen, dass Deutschland für mich hier sehr gegenwärtig ist und ich oft mit anderen Leuten über Deutschland spreche und somit meine Heimat nicht vergesse.**

**Mir geht es hier sehr gut!**

**Liebe Grüße nach Deutschland**

**Paula**

**Alle Texte aller meiner PPP-Stipendiatinnen  
unter [www.bernd-ruetzel.de](http://www.bernd-ruetzel.de)**

Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## GASTBEITRÄGE UNSERER MdLs

### Martina Fehlner

Tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion

Abgeordnete für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost und Miltenberg

### Kinderarmut nicht einfach hinnehmen

**„Jedes Kind, das in Armut lebt, ist eines zu viel!“**

Liebe Leserinnen und Leser,

ein ganz wichtiges Anliegen muss uns der Zusammenhalt unserer Gesellschaft sein. Das geht nur über eine gerechte Sozialpolitik. Die steht bei uns ganz oben auf der politischen Agenda. Ein unverzichtbarer Baustein dafür ist die Bekämpfung der Armut in unserem Land. Vor allem Kinderarmut ist schlimm. Wir dürfen sie auf keinen Fall einfach so hinnehmen. Jedes Kind, das in Armut lebt, ist eines zu viel. Denn je länger Kinder in Armut leben, desto negativer sind die Folgen für ihre weitere Entwicklung im Leben und ihre Bildungschancen. Notwendig sind daher vor allem eine geregelte Arbeit der Eltern und ein gutes und faires Lohnniveau. Eine durchgehende Erwerbsbiographie ist der beste Schutz vor Armut. Jugendarbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung, Leih- und Zeitarbeit sind Armutsrisiken. Das höchste Armutsrisiko haben Kinder in alleinerziehenden Familien. Diese müssen besser gefördert werden. Dafür gilt es, die Möglichkeiten für Teilzeitausbildungen und Teilzeitarbeit der Mütter oder Väter zu verbessern und vor allem mehr passgenaue, kostenlose Kinderbetreuungsplätze zu schaffen. Nur so kann bestmögliche Betreuung, Bildung und Erziehung für die Jüngsten unserer Gesellschaft gewährleistet werden. Dafür setze ich mich nachdrücklich ein. Auch müssen wir dringend für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen. Denn nur wenn das Verhältnis zwischen Einkommen und



Miete stimmt, kann ein Abrutschen in die Armut verhindert werden. Viele Senioren können sich bei den immer höheren Mietpreisen eine altersgerechte Wohnung nicht leisten. Das auf Bundesebene geplante neue Rentenpaket, der Einsatz für eine solidere Finanzierung der Pflegeversicherung, eine Erweiterung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs und Maßnahmen für bezahlbares und altersgerechtes Wohnen sind Voraussetzungen, um Altersarmut in Zukunft zu verringern. Die große Klammer unserer Politik ist und bleibt die soziale Gerechtigkeit, die soziale Verantwortung für alle. Insbesondere für die, die unsere Unterstützung brauchen, die nicht auf der sozialen Sonnenseite stehen. Auch in Bayern gibt es in dieser Hinsicht noch viel zu tun.

Herzlichst,

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL  
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg

Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604  
buergerbuero@martina-fehlnr.de

## Unsere Landtagsabgeordneten im Internet:

[www.martina-fehlnr.de](http://www.martina-fehlnr.de)  
[www.volkmar-halbleib.de](http://www.volkmar-halbleib.de)  
[www.georg-rosenthal.de](http://www.georg-rosenthal.de)  
[www.bayernspd-landtag.de](http://www.bayernspd-landtag.de)

# Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## Volkmar Halbleib

Parlamentarischer  
Geschäftsführer der  
SPD-Landtagsfraktion

Abgeordneter für WÜ-Land

Betreuungsabgeordneter  
für Stadt und Landkreis Kitzingen

### 195 Änderungsanträge für den Haushalt

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die SPD-Landtagsfraktion stellte dem von der Staatsregierung vorgelegten Doppelhaushalt einen zukunftsweisenden Entwurf mit Investitionen in Bildung, moderne Familienpolitik, Gesundheit und Infrastruktur und innere Sicherheit gegenüber. In der Plenardebatte zur Einbringung des Haushalts wurde deutlich, dass leider viele zukunftsweisende Investitionen fehlen. Wer nach klaren inhaltlichen Impulsen für eine positive Entwicklung in Bayern suchte, wurde leider enttäuscht. Der Entwurf war ein Dokument von Einfallslosigkeit und Stillstand.

Die SPD will das ändern und zeigt in 195 Änderungsanträgen Perspektiven für eine sozial gerechte Zukunft Bayerns auf: Wir wollen bessere Kindertagesstätten mit längeren Öffnungszeiten, Qualitätsverbesserungen für die Schulen und mehr Mittel zur Förderung des Wohnungsbaus, innere Sicherheit und für die Gesundheitsversorgung in Bayern.

Kritikpunkt war auch, dass von Finanzminister Söder keine klaren Aussagen zu hören waren, wie der Wohnungsbau in Bayern angekurbelt werden soll. Dabei wurden 2014 in Bayern lediglich 1.904 Wohnungen gefördert. 100.000 neue, günstige Wohnungen sind aber allein in den kommenden fünf Jahren dringend notwendig, um die Wohnungsnot in Bayern zu lindern.

Nach wie vor problematisch ist die „versteckte“

Verschuldung, die nicht nur die SPD, sondern auch der Oberste Bayerische Rechnungshof kritisiert. Zahlreiche öffentliche Gebäude sind marode und die energetische Sanierung fehlt. Sanierungsstau besteht auch bei Verkehrswegen, allein 700 Millionen Euro bei den bayerischen Staatsstraßen. So werden Milliardenlasten in die Haushalte der Zukunft verschoben und auch in Unterfranken bleiben wichtige Investitions- und Sanierungsprojekte leider auf der Strecke.

Ihr

Volkmar Halbleib, MdL

**Bürgerbüro Volkmar Halbleib, MdL**  
Sammelstraße 46, 97070 Würzburg  
Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030  
buergerbuero-halbleib@t-online.de



## GEORG ROSENTHAL

Unterfrankensprecher  
in der SPD-Landtagsfraktion  
Abgeordneter für Würzburg-Stadt  
Betreuungsabgeordneter für  
Main-Spessart

### Starke Kommunen für eine starke Heimat

#### Die Enquête-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern“ besuchte den Landkreis

In den städtischen Zentren des Landkreises lässt es sich heute vergleichsweise gut leben. Auch die Menschen aus den umliegenden Orten wissen dies zu schätzen. Doch es gibt erste Anzeichen, dass dieser Zustand nicht in Stein gemeißelt ist: Seit Jahren lebt etwa das Mittelzentrum Lohr von den Rückla-

Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



gen. Das zeigt nicht nur die vor kurzem beschlossene Zentralisierung der ehemals eigenständigen Krankenhäuser, sondern auch die Diskussion um das Gemündener Gymnasium.

Bei den niedergelassenen Ärzten steht schon bald ein Generationenwechsel an. Bei den Hausärzten sind 38 Prozent über 60 Jahre alt. Schon heute fällt es schwer, Nachfolger zu finden. Einrichtungen wie ein Schwimmbad oder kulturelle Einrichtungen, die auch Menschen aus den umliegenden Ortschaften in die Städte locken, sind immer schwerer zu unterhalten. Gleichzeitig gibt es auch im Landkreis eine ganze Reihe kleiner Orte, die nicht einmal mehr einen Lebensmittelladen besitzen. Während die bayerische Staatsregierung verzweifelt darum ringt, flächendeckend ein Internetnetz mit 50 Mega-Bit in der Sekunde aufzubauen, sprechen Experten bereits von der „Giga-Bit-Gesellschaft“.

Um gegenzusteuern und diese Aufgaben auch aus eigenen Kräften anzupacken, brauchen wir starke

Kommunen. Zu lange hat sich die bayerische Politik auf deren Kosten schadlos gehalten. Das war ein Fazit der hochkarätig besetzten Veranstaltung „**Nahversorgung - Ein Wunschtraum?**“ in der Alten Turnhalle in Lohr am Main auf Einladung des SPD-Betreuungsabgeordneten für den Stimmkreis Main-Spessart Georg Rosenthal im Namen der SPD-Landtagsfraktion. „Wir als Sozialdemokraten werden uns auch im Rahmen der Enquête-Kommission ‘Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern’ dafür einsetzen“, sagte der stellvertretende Vorsitzende der Kommission, Dr. Christoph Rabenstein, bei der Veranstaltung zu.

Beste Grüße,

Ihr Georg Rosenthal, MdL

Abgeordnetenbüro Georg Rosenthal, MdL

Semmelstraße 46, 97070 Würzburg

Tel: 0931 99110 161 | Fax: 0931 99110 162

buergerbuero@georg-rosenthal.de



Nein, wir sind nicht in einem UFO, sondern im Reichstag. Eine Gruppe von KommunalpolitikerInnen aus Main-Spessart und einige Bürgerinnen und Bürger fuhr Anfang Oktober nach Berlin, um die Hauptstadt hautnah zu erleben. Ein Besuch im Bundestag war natürlich auch dabei und ich ließ es mir nicht nehmen, meinem Besuch aus der Heimat den Reichstag zu zeigen und im Fraktionssaal der SPD eine interessante Diskussion über aktuelle politische Themen zu führen.